

Kirchenvolksbewegung macht Druck auf die Bischöfe

Die kirchenkritische Volksbewegung 'Wir sind Kirche' fordert von den katholischen Bischöfen ein entschlosseneres Vorgehen im Zusammenhang mit der Entschädigung von Missbrauchsoptionen. Die bisherige Selbstkritik könne nur ein Anfang sein, sagte der Sprecher der Bewegung, Christian Weisner, am Dienstag in Fulda. 'Die Menschen erwarten ein deutliches Ja und nicht 'vielleicht später'', mahnte Weisner.

Fulda (dapd). Die kirchenkritische Volksbewegung 'Wir sind Kirche' fordert von den katholischen Bischöfen ein entschlosseneres Vorgehen im Zusammenhang mit der Entschädigung von Missbrauchsoptionen. Die bisherige Selbstkritik könne nur ein Anfang sein, sagte der Sprecher der Bewegung, Christian Weisner, am Dienstag in Fulda. 'Die Menschen erwarten ein deutliches Ja und nicht 'vielleicht später'', mahnte Weisner mit Blick auf die Beratungen der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz. Viele Bischöfe seien sich offenbar noch nicht des Ernstes der Lage bewusst und bereit, sich dem Problem zu stellen. Es reiche nicht aus, nur von Neubeginn zu sprechen, erst müsse die Vergangenheit aufgearbeitet werden.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, habe bisher zur Frage der Entschädigung nur eine 'sehr ausweichende und nicht überzeugende Antwort' gegeben, kritisierte Weisner. Die Geldzahlungen an die Opfer dürften jedoch nicht aus Kirchensteuergeldern bestritten werden, sondern müssten aus den einzelnen Etats der Bischöfe oder Stiftungen kommen.

Weisner betonte, das Thema sei noch lange nicht abgeschlossen. Um das Problem aufzuarbeiten, seien unabhängige Beratungsstellen notwendig. Es dürfe keine Denkverbote geben. So müsse das Zwangszölibat auf den Prüfstand gestellt werden. Dieses sei Ausdruck der Probleme, welche die Kirche mit dem Thema Sexualität habe. Deshalb will eine andere kirchenkritische Vereinigung, 'Kirche in Bewegung', nach Angaben einer Sprecherin am Donnerstag an Zollitsch rund 12.000 Unterschriften übergeben sowie eine Mahnwache gegen den Pflichtzölibat halten.

Die katholischen deutschen Bischöfe beraten derzeit in Fulda auch über mögliche Zahlungen an Missbrauchsoptionen. Konkrete Summen wollte Zollitsch bislang allerdings nicht nennen. Auch den jüngsten Vorschlag der Jesuiten, jedem Opfer 5.000 Euro zu bezahlen, kommentierte er zurückhaltend.

dapd

<http://www.ad-hoc-news.de/kirchenvolksbewegung-macht-druck-auf-die-bischoefe--/de/News/21615574>

Zuletzt geändert am 07.05.2011